

Vorlage an den Landrat

Beantwortung der Interpellation 2019/61 von Jan Kirchmayr: «Einsatz der Baselbieter Polizei am WEF 2019 in Davos»

2019/61

vom 26. Februar 2019

1. Text der Interpellation

Am 17. Januar 2019 reichte Jan Krichmayr die Interpellation 2019/61 «Einsatz der Baselbieter Polizei am WEF 2019 in Davos» ein. Sie hat folgenden Wortlaut:

Vom 22.-25. Januar findet das World Economic Forum, kurz WEF, in Davos statt. Wie in den vergangenen Jahren wird das Sicherheitsdispositiv am WEF gross sein. Neben der Armee und der Kantonspolizei Graubünden werden auch weitere Kantonspolizeien für die Sicherheit am WEF sorgen. In früheren Jahren waren auch Polizeikräfte aus dem Fürstentum Liechtenstein und aus Deutschland im Einsatz. Der Aufwand und die Kosten für diesen lediglich viertägigen Event sind immens. Aufgrund des Besuches des US-Präsidenten Donald Trump im Vorjahr musste das Sicherheitsdispositiv erhöht werden. Für das Jahr 2019 hat der US-Präsident erneut seinen Besuch am WEF angekündigt, ihn wegen des andauernden Shutdowns dann wieder abgesagt. Trump ist vor allem durch rassistische, sexistische und nationalistische Äusserung aufgefallen. Seine Politik schadet den im Kanton Baselland beheimateten Arbeitnehmenden und Unternehmen. Grundsätzlich stellt sich die Frage, weshalb die Baselbieter Steuerzahlenden für die Sicherheitskosten einer solchen Veranstaltung aufkommen müssen.

Ich bitte den Regierungsrat deshalb um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1. Wie viele Angestellte der Baselbieter Polizei werden am WEF im Einsatz sein und wie hat sich diese Zahl in den vergangenen fünf Jahren entwickelt? Was sind die Gründe für die jeweiligen Entwicklungen?*
- 2. Welche Kosten entstehen dem Kanton BL durch den Einsatz der Sicherheitskräfte am WEF, welche Rückerstattungen sind zu erwarten, und beteiligen sich die anwesenden Personen (bspw. Trump im Vorjahr oder Bolsonaro in diesem Jahr) bzw. deren Regierungen an den Sicherheitskosten?*
- 3. Welchen Nutzen für die Baselbieter Bevölkerung sieht die Regierung am WEF?*

2. Einleitende Bemerkungen

Am WEF 2019 nahmen rund 3000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Wirtschaft, Politik, Forschung und Kultur teil. Der Grossteil davon geniesst kein Recht auf besonderen Schutz. Ausländische Personen wie Staatsoberhäupter, Regierungschefs oder Mitglieder amtierender Regierun-

gen geniessen jedoch einen völkerrechtlich vereinbarten Schutz. Das WEF 2018 hat beispielsweise über 300 völkerrechtlich geschützte Personen nach Davos gebracht¹. Darunter 20 Staatspräsidentinnen und Staatspräsidenten, 38 Premierministerinnen und Premierminister, rund 180 Ministerinnen und Minister sowie 13 Königinnen und Könige. Das Sicherheitsdispositiv muss die völkerrechtlichen Vorgaben erfüllen. Diese Vorgaben sehen keine Entschädigung des Gaststaates vor.

Von dem Sicherheitsdispositiv profitieren natürlich auch andere Teilnehmende am WEF, welche keinen völkerrechtlichen Anspruch auf Schutz haben. Die Sicherheitskosten des WEF werden aus Sicht des Kantons Graubünden auf 9 Mio. Franken veranschlagt². Davon trägt der Kanton Graubünden 2.25 Mio. Franken, die Gemeinde Davos 1.125 Mio. Franken, der Bund 3.375 Mio. Franken und das WEF 2.25 Mio. Franken. Das WEF ist als Stiftung organisiert und speist sich u.a. aus Teilnahmegebühren. Damit leisten diejenigen Teilnehmenden, welche nicht aufgrund völkerrechtlicher Verträge ein besonderes Sicherheitsdispositiv rechtfertigen, mit ihrer Teilnahmegebühr einen finanziellen Beitrag an das Sicherheitsdispositiv.

3. Beantwortung der Fragen

- 1. Wie viele Angestellte der Baselbieter Polizei werden am WEF im Einsatz sein und wie hat sich diese Zahl in den vergangenen fünf Jahren entwickelt? Was sind die Gründe für die jeweiligen Entwicklungen?*

Genauere Angaben zur Anzahl an Polizeiangehörigen, die zur Unterstützung der Kantonspolizei Graubünden nach Davos entsandt wurden, können nicht bekannt gegeben werden, da dies Rückschlüsse auf das polizeiliche Dispositiv zuliesse. Die Polizei Basel-Landschaft delegierte 2019 wie auch in den Vorjahren ein Detachement im niedrigen zweistelligen Bereich an das WEF. Entscheidend für die Detachementgrösse sind die Anzahl gemeldeter oder zu erwartender völkerrechtlich geschützter Personen, VIP's sowie die allgemeine und die besondere Lage.

Die Zahlen zu den erforderlichen Polizeiangehörigen werden im Vorfeld der Veranstaltung durch den Bund und die Kantonspolizei Graubünden erhoben resp. eingeschätzt und die Lagebeurteilungen werden durchgeführt. Das Ergebnis führt zu einem entsprechenden, gesamtschweizerischen interkantonalen Aufgebot (IKAPOL) für Angehörige der Polizei (Vereinbarung über die interkantonalen Polizeieinsätze, SGS 145.37).

Je nach Einschätzung der kantonalen Lage in den einzelnen Kantonen erfolgt die Festlegung der Detachementstärke.

- 2. Welche Kosten entstehen dem Kanton BL durch den Einsatz der Sicherheitskräfte am WEF, welche Rückerstattungen sind zu erwarten, und beteiligen sich die anwesenden Personen (bspw. Trump im Vorjahr oder Bolsonaro in diesem Jahr) bzw. deren Regierungen an den Sicherheitskosten?*

Die Aufwendungen der Einsatzkräfte der Polizei Basel-Landschaft werden aufgrund der möglichen Rückschlüsse auf das Sicherheitsdispositiv nicht kommuniziert. Die Verrechnung an den Kanton Graubünden erfolgt zum IKAPOL Tagessatz von 600 Franken pro im Einsatz stehenden Mitarbeitenden (Vereinbarung über die interkantonalen Polizeieinsätze, SGS 145.37). Zuzüglich zum Tagessatz IKAPOL werden Spesen wie Anreise, Verpflegungs- und Übernachtungskosten durch den Nehmerkanton übernommen. Der IKAPOL Tagesansatz deckte beim WEF Einsatz des Kantons Basel-Landschaft im Jahr 2019 42 Prozent der Vollkosten des Kantons Basel-Landschaft.

¹ Die Zahlen zu den völkerrechtlich geschützten Personen 2019 wurden nicht publiziert.

² Wie untenstehende Ausführungen zeigen, ist in dieser Berechnung die Differenz zwischen den Vollkosten der Kantone (zur Entsendung von Personal zu interkantonalen Polizeieinsätzen nach IKAPOL) und den IKAPOL Entschädigungen nicht enthalten. Darstellung des Kantons Graubünden: www.wef.gr.ch
http://www.wef.gr.ch/DE/faq/FAQ_Dokumente/01_2019_FAQ_Jahrestreffen_WEF_2019_DE.pdf

Seitens Polizei Basel-Landschaft wird aufgrund der Vereinbarung über die interkantonalen Polizeieinsätze lediglich dem Kanton Graubünden Rechnung gestellt. Die völkerrechtlichen Grundlagen und die Beteiligung des WEF bzw. der teilnehmenden Personen wurden einleitend dargestellt.

Unterstützende Polizeieinsätze für andere Kantone finden oft im Rahmen von Fussballspielen, Kundgebungen oder Staatsbesuchen statt. Es ist üblich einander auszuhelfen und beruht auf Gegenseitigkeit.

3. *Welchen Nutzen für die Baselbieter Bevölkerung sieht die Regierung am WEF?*

Aus dem WEF-Jahrestreffen in Davos resultiert kein direkter wirtschaftlicher Nutzen für die Baselbieter Bevölkerung. Ein marginaler monetärer Effekt entsteht allenfalls durch die Steuereinnahmen beim Bund (Mehrwertsteuer, Gewinnsteuer, Einkommenssteuer) von rund 6 Mio. Franken pro Jahr durch das WEF-Jahrestreffen³.

Von gewisser Bedeutung ist aber der politische und gesellschaftliche Nutzen für die Schweiz und somit auch für den Kanton Basel-Landschaft. Der Bundesrat⁴ schreibt dazu: «Beim WEF-Jahrestreffen in Davos handelt es sich um eine wertvolle Plattform, um schweizerische Positionen und Anliegen gegenüber ausländischen Partnern aus Wirtschaft und Politik zu vertreten. Zudem verschafft die Durchführung dieses Forums der Schweiz weltweite Visibilität und stärkt die Rolle der Schweiz als Konferenzort und Sitzstaat internationaler Organisationen. Der Bundesrat qualifiziert das jährliche Treffen des WEF aufgrund seiner Bedeutung für die internationalen Interessen der Schweiz bereits seit dem Jahr 2000 als ausserordentliches Ereignis im Sinne von Artikel 12b der Verordnung vom 27. Juni 2001 über das Sicherheitswesen in Bundesverantwortung (VSB).»

Der Regierungsrat teilt die Haltung des Bundesrates und sieht im WEF-Jahrestreffen eine nützliche Plattform, um die gesellschaftlichen und politischen Interessen der Schweiz aufzuzeigen und durchzusetzen. Themen wie die Integration der Schweiz in die EU und die Welt, offene Märkte und Globalisierung, Klimaerwärmung und Umweltverschmutzung, technologischer Wandel und digitale Transformation betreffen auch den Standort Baselland.

Liestal, 26. Februar 2019

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Monica Gschwind

Die Landschreiberin:

Elisabeth Heer Dietrich

³ [Universität St. Gallen \(Oktober 2017\) – Regionalwirtschaftliche Bedeutung des Annual Meetings des World Economic Forums 2017](#)

⁴ [Botschaft 18.023 \(14. Februar 2018\)](#)